

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckerei: Nachrichten Dresden.
Gesamtpreis-Sammelnummer 25 241.
Für die Nachgelpreise: 20011.

Bezugs-Gebühr in Dresden und Thüringen bei täglich gewöhnlicher Auflösung durch die Post
bei täglich gewöhnlichem Verlauf monatlich 7,75 M., vierjährlich 21,25 M.
Die einzige 37 min. breite Seite 2,50 M. Mit Familienanzeigen, Anzeigen unter
Stellen- u. Wohnungsmarkt, Umschlag für den Verkauf 20 Pf. Verlagspreise laut
Tafel. Auswärts. Währung gegen Verkaufszeit. Einheitspreis 6. Sonderblätter 20 Pf.

Schriftleitung und Hauptredaktion:
Marienstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Ueppich & Reichardt in Dresden.
Postleitzahl-Romme 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) gestattet. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Gebr. Arnhold

DRESDEN-BERLIN

Waisenhausstraße 20/22

Hauptstraße 38, Chemnitzer Straße 96

Berliner Bureau:

Berlin W 56, Französische Straße 30c

Ausführung aller banknäherigen Geschäfte

Aufbewahrung von Wertpapieren zwecks Zinsschein-Einlösung

An- und Verkauf in- und ausländischer Werte

Vermittlung der Abstempfung tschechisch-slowakischer Wertpapiere

Zwiespalt in der Reparationskommission.

Isolierter Stellung Frankreichs.

Eigner Drabbericht der „Dresden. Nachrichten“
Paris, 21. Nov. Die Aussicht innerhalb der Reparationskommission über die Zahlungsfähigkeit Deutschlands scheint doch nicht ganz so einheitlich zu sein, wie die Pariser Presse es bisher glauben zu machen versucht. So meldet der Sonderberichterstatter des „Matin“, daß dem Berater Frankreichs nicht gelungen sei, die überlieferten Mitglieder der Kommission zu der Ansicht zu bewegen, die ihm selbst die eigene Überzeugung und die Wünsche seiner Regierung eingegeben hätten. Da die Kommission sich nicht einzeln zu werden vermocht hätte, habe sie darauf verzichtet müssen, irgendwelche Beschlüsse zu fassen. Die Situation ist nun so fraglich, wie vorher und sie ist alarmierend, weil sie aus einer so kurzen Zeit als neuer Lauf der Verhandlungen dieser Institution zählt, die das Schicksal Frankreichs in Händen hält und in der Frankreich nur eine von fünf Stimmen hat. Wie das Blatt weitermitteilt, habe der französische Vertreter in der Reparationskommission der Ansicht Ausdruck gegeben, daß Deutschland zur Aufbringung der Kompensationen den Rest der Flotte und deshalb belasten sollte, um keinen finanziellen Zusammenbruch zu befürchten. Er habe jedoch beantragt, Deutschland sehr ernsthaft mit bis dahin einzutreten. Der französische und der amerikanische Delegierte hätten dem jedoch widergesprochen und die anderen Mitglieder der Kommission hätten schon einen Standpunkt ausgeschlossen. Wie das „Echo de Paris“ ergänzend mitteilt, wird die Kommission während ihres nächsten Tages die vorläufige Vergütung ihrer Arbeit als ausreichend ansehen, ob sie die ihr gemachten Vorrichtungen als ausreichend ansieht.

Abreise der Reparationskommission.

Berlin, 21. Nov. Die Mitglieder der Reparationskommission haben Berlin am größten Teil verlassen. Dubois ist bereits in der Nacht zum Sonntag abgereist, während der größte Teil seiner Kollegen ihm im Laufe des gefüllten Tages gefolgt ist.

Geringe Kreditaussichten Deutschlands bei den Alliierten.

Eigner Drabbericht der „Dresden. Nachrichten“
London, 21. Nov. Von englischen Finanzalten wird eröffnet, daß aufgrund der Verhandlungen deutscher Großbanken mit dem Londoner Handelskreditbehörde wurde, daß England und Amerika genugt seien sollen, Deutschland mit Krediten zu helfen, um die Entschädigung zum 15. Januar bereit zu halten. Die Finanzalten der City bewerten hierzu, daß kein Zusammenspiel zwischen englischen und amerikanischen Banken in dieser Frage besteht. Auch seien derartige Verhandlungen nicht geführt worden. Das England antwortet, so sei es ausichtslos von Deutschland, auf englisches Kredit zu hoffen, da die englische Wirtschaftslage große Anforderungen an das englische Kapital stelle, die dringend befriedigt werden müßten. Eine Praktikation zugunsten Deutschlands könnte nur von den Alliierten gemeinsam unternommen werden. Die Möglichkeit werde zunächst erwogen, doch sieht sich nicht voransehen, zu welchem Ergebnis die Alliierten kommen werden.

Frankreich gegen deutsche Reparationskredite im Ausland.

Paris, 21. Nov. Der „New York Herald“ behauptet, daß man es in französischen Kreisen für unpassend finden würde, wenn man Deutschland die Erlaubnis zur Aufnahme auswärtiger Anstalten geben würde, um damit seine Reparationszahlungen zu leisten. Vor allem dürfe man auf keinen Fall den deutschen Industriellen gestatten, ihre Großbetriebe an auswärtigen Deutzen unverhohlen zu erhalten, damit das dem Reparationszweck zugänglich gemacht würde. Diese Deutzen würden es Eifernd und seinen Kollegen weiterhin gestatten, große Industrieunternehmen in Österreich-Ungarn und anderen Ländern zu erwerben und auf diese Weise den Alliierten großen Schaden zuzufügen.

Lloyd George und Stinnes.

Berlin, 21. Nov. Über die Zusammenkunft zwischen Stinnes und Lloyd George wird über Parls berichtet, daß sich Lloyd George bereit erklärt habe, Hugo Stinnes zu empfangen.

Am Aufkommen kommt damit will die „Advertiser“ erfahren haben, daß sich Lloyd George die Aussicht anderer englischer Wirtschaftspolitiker zu eigen gemacht habe, das einzige Mittel sowohl zur Behebung der englischen Wirtschaftskrisse wie auch zur wirtschaftlichen Wiederherstellung der ganzen Welt sei die Aufhebung der Sanktionen der Alliierten untereinander und Neueröffnung der deutschen Reparationslasten. „The Chicago Tribune“ läßt sich aus Washington lernen, daß auch die Regierung der Vereinigten Staaten in Absehung von ihrer bisherigen Haltung einer Verminderung der deutschen Reparationslasten nicht ableinen sei.

Die Nelle Stinnes nach London ist, wie von amtlicher deutscher Stelle erklärt wird, auf dessen eigene Antrittsreise erfolgt.

Hughes verhandelt mit Rial und Ballou.

Abreitung zur See. — Die chinesische Frage.

Eigner Drabbericht der „Dresden. Nachrichten“
Washington, 21. Nov. Die Washingtoner Konferenz scheint sich nunmehr in privaten Vereinbarungen erreichbar zu wollen, die zwecklos seien, als die öffentlichen Streitpunkte. Man erläutert das Staatssekretariat Hughes gestern solche Unterredungen mit Admiral Rial und Ballou hatte und das Rial namentlich mit dem italienischen Vertreter Schanzer konferierte. Die Unterredungen des Staatssekretärs Hughes mit Admiral Rial und Ballou bezogen sich namentlich auf die Abreitung zur See und die Regelung der chinesischen Frage. Sicherlich in dieser noch in jener Angelegenheit ist es zu endgültigen Abmachungen gekommen. Die Admirale, die bekanntlich eine Unterkommission gebildet haben, publizierten noch die Komponentenkündigung. Wenngleich es bisher nicht zu einer endgültigen Konsolidierung in der chinesischen Frage gekommen ist, so steht man doch, als bedeutsames Ergebnis der bisherigen Diskussion die Wahrscheinlichkeit, daß sich die Japaner zu einer Rücknahme der Abreitung und zur Ausgabe des chinesischen Völkerbundes verpflichten werden, was ihnen zu thun. Die chinesische Abreitung hat ihr Programm, das ist in der vorherigen Woche der Konferenz unterbreitet, wie man erhält, nicht vollständig bearbeitet sondern damit mit amerikanischer diplomatischer Zustimmung. Die Doktoren Rial und Ballou verraten, so daß man auch kann, daß eigentlich nicht über ein chinesisches Programm, sondern über ein amerikanisches beraten werde oder weniger über ein Programm, das im voraus die Unterhöhung der amerikanischen Regierung und deren Zustimmung erfordert hat. Amerika wird alles tun, um auch in der Frage des äußeren Ostens bestimmte Abmachungen herzustellen, doch gilt es im allgemeinen als zwecklos, daß in dieser Hinsicht kein Erfolg erzielt werden könnte. Der erste Punkt, für den noch nicht einmal die Illiria einer Lösung in Aussicht genommen sind, ist die Frage, ob unter den Beirat China nur die 18 Provinzen, die das eigenständige China bilden, zu vertheilen sind oder ob auch die Mandchurie, die Mongolei und Tibet unter die zu beabsichtigenden Vereinbarungen fallen sollen. Daraus geht noch wie vor auf dem Standpunkt, daß keine Lebensinteressen bedroht wären, wenn es gewonnen werden sollte, die drei festgestellten Länder zu räumen. Bereitsweise genaueres Mitteilungen über die Beipräferenzen zwischen Staatssekretär Hughes, Admirale Rial und Ballou stehen nicht vor. An die Deftigkeit ist aber nur viel durch, daß man sich sehr freimüdig über die Frage der Abreitung zur See ausgetragen und die Gesetze in den verschiedensten Auskünften auszuleben verucht habe.

An der heutigen Vorlesungssitzung wird bekanntlich die Frage der Abreitung zu Lande erörtert werden. Insofern wird Briton, nach ihm der britische Generalstaatssekretär Cartier sprechen, der ebenfalls davon dringen wird, daß Gefallen die Aufrechterhaltung seiner gegenwärtigen Armee ausgedehnt werde und daß es dafür wahrscheinlich dieselben Armeemeine anführen werde, daß auch Briton der Konferenz voraussetzt, daß sie beschließen. Daraus wird der britische Bevölkerer Schanzer das Wort erarbeiten. Er wird keine endgültige Entscheidung vorbringen, sondern nur erklären, daß Italien das größte Interesse daran habe, daß die Rüstungsanstalten zu Lande möglichst erleichtert würden.

Unbedingte Beibehaltung der französischen Armeestärke.

Eigner Drabbericht der „Dresden. Nachrichten“
Paris, 21. Nov. Orasas meldet aus Washington: Briton wird am Freitag in der Konferenz den französischen Beifall bekannt geben und begründen, der die unbedingte Beibehaltung der französischen Armeestärke mit Rücksicht auf den Überfall im Jahre 1914 entspricht.

Die englisch-amerikanische Front gegen Japan.

London, 21. Nov. Der Sonderberichterstatter des „Sunday Times“ aus der Washingtoner Konferenz fasst seinem Blatte, die Mitteilung der amerikanischen Presse, unbewußt aus dem Verhältnis von fünf zu drei zu ziehen, in einer Art erstaunt, da ungewöhnlich noch ein Ultimatum schmeide. Der Einbruck verleiht sich, daß die Lage sich rats auf den Punkt hin trükkelt, wo England und Amerika eine vereinte Front anzunehmen das Programm von Hughes gegenüber dem Feind. Das ist auf Abmilderung ihres neuen werden. Nach einem Bericht der „Sunday Times“ seien die britischen Delegierten übereinstimmend der Ansicht, daß der Erfolg der Washington-Konferenz gesichert sei.

Auch der Washingtoner Redakteur des „Weekly Dispatch“ erklärt, daß von den kreativen Tönen der amerikanischen Presse gegen die japanische Forderung auf Abmilderung des amerikanischen Vorwiegens noch nichts entweichen sei, was etwas anderes als den größten Optimismus rechtfertige. (W. L. G.)

Stapellauf eines amerikanischen Überdreadnoughts.

Newport News, 20. Nov. Der große Überdreadnought „Westvirginia“ ist heute hier vom Stapel gelassen worden. (W. L. G.)

Gesandtschaftsrecht und Länder.

Von Georg v. Stieglitz (München).
An diesen Tagen ist in der Münchner Presse und in politischen Kreisen das Thema besonders aktuell geworden, daß Bayern mit voller Berechtigung die Errichtung einer Gesandtschaft in Stuttgart plante, und daß sich annehmlich die Reichsregierung diesem Vorhaben entgegenstellt. Es ist Tatsache, daß die bayerische Regierung den Vorbau in altem Stil einen Gesandtschaftsaufenthalt einer vornehmen Mission in Württemberg vorlegen wird, und es steht auch kein Zweifel daran, daß diese Mission bewilligt wird, zumal ja Württemberg keine Gesandtschaft in München nie aufgehabt. Wenn die Berliner Regierung, die ja sogar tatsächlich eine sogenannte „Reichsdeutsche Kanz“ in München aufstellt, die Frage aufzumachen scheint, ob die deutschen Länder auf Grund der Weimarer Verfassung die Rechte haben, eigene Gesandtschaften untereinander zu schaffen, so mag daran erinnert werden, daß bei den Beratungen über die neue Verfassung in Weimar der damalige Reichsminister Dr. Preuß ausdrücklich bestrebt war, daß innerhalb des Reiches den Ländern die Rechte zur Errichtung von Gesandtschaften zu erhalten, das aber im Ausland, mit Ausnahme der bayerischen Gesandtschaft an Württemberg, nur das Reich eigene Befreiungen hat. Die Reichsregierung bestätigt also ohne vorbehaltswidrige Gewissensbisse eine Gesandtschaft, wie die in Württemberg geplante vorbehaltlose Erneuerung des bayerischen Gesandtschaftsrechts zu verstehen.

So könnte also hier lediglich um einen Wunsch der Berliner Regierung handeln, auf den selbstverständlich die bayerische Regierung und ihr Vorsitz nicht Rücksicht nehmen brauchen und auch keine Rücksicht nehmen. Sicherlich hat man in Berlin nicht die richtige Vorstellung, was eigentlich Bayern mit seiner Tatsächlichen Gesandtschaft beabsichtigt; nämlich ein Zusammenarbeiten in wirtschaftlichen und sozialen Interessen, nicht ein gegenseitiges Ausnutzen.

Die Länder haben in ihren Vertretungen untereinander Millionen freie Hand und werden in dieser Richtung in freier Weise durch Artikel 1 der Weimarer Verfassung eingestellt. Selbstverständlich ist es, daß das gleiche Recht wie Bayern auch anderen Ländern, wie Sachsen nun, zusteht. Das war im Grunde des antisozialistischen Gesetzes an der Seite damit nicht konform getzt, mag sein. Es handelt sich aber nicht um Parteidiktat oder centralistisches Streitkampf, sondern um wirtschaftlich-diplomatische Streitkampf im sozialen Volksinteresse, ohne Parteidiktat mit neuem Blick nach rechts und links. Es wäre eine traurige Auffassung einer Reichsregierung, datin könnten Parteidiktat und sozialistische Parteidiktat zu erkennen. Gerade bei den in jüngsten Zeiten politisch verschiedenartig gehaltenen Ländern und sozialistischen Gesellschaften begründet und notwendig, daß man gegenwärtig nicht, doch auch keine hinter den Bergen wohnen!

So dürfte es wohl auch nur eine Frage der Zeit sein, daß die augenblickliche Besetzung der Berlin-Dresden-Gesandtschaft, Berlin-Dresden bestätigt wird. Eine selbständige bayerische Mission in Württemberg wird seitens der beiden deutschen Stämme sicher leicht bestätigt werden. Gerade wo durch wirtschaftliche Verhältnisse in Fragen der Ernährung und Industrie der Wert der Regierung von Bayern und Sachsen von herausragender, vielleichtster Bedeutung ist, sind etwa sogenannte rein wirtschaftliche Vertreter allein völlig ungünstig; denn es müssen Organisationen bestehen, die in allen Kreisen, mit der Regierung und dem Volk verbreitet und rechtzeitig auf Fragen oder tenore Informationen, nicht an Ort und Stelle informieren. Nicht altmodischen Einrichtungen soll hier das Wort geredet werden, sondern gerade mit der Zeit gehend, der Vorteil solcher Vertretungen zwischen den Ländern bestehen werden. Es doch eine solche enge Rücksichtnahme unter den Bundesregierungen gerade im gegenwärtigen Zeitpunkt dem gebundenen Reichsminister fördert, wo die manchmal überjährige Reichsminister im Reich es oft nicht anläßt, rechtzeitig untereinander eine ostküstliche Rücksicht zu nehmen, um über etwaige Misshandlungen oder Vereinbarungen klarheit zu schaffen.

Schwere Erkrankung des Prinzen Oskar von Preußen.

Berlin, 21. Nov. Prinz Oskar von Preußen ist an einer Lungenzentanzündung erkrankt, zu der eine Rippenfellzündung getreten ist. Sein Zustand ist dem „Lot-Anz.“ aufgeglichen ernst.

Potsdam, 21. Nov. Über das Erkranken des schwer erkrankten Prinzen Oskar von Preußen wurde heute früh 40,1 Grad Fieber gemeldet. Die Krankenanstalt ruht seit gestern mittag vollständig.

Ausdehnung der Berliner Plünderungen.

Eigner Drabbericht der „Dresden. Nachrichten“
Berlin, 21. Nov. Der Arbeitslosenrat hat es abgelehnt, dem Berlager der Stadt zu entsprechen und eine Warnung vor der Fortsetzung der Verhöhnung der Gewerkschaften zu erlassen, die sich Arbeitslosen an den Ausdehnungen beteiligen. Auswärts haben sie die Plünderungen auch auf die innere Stadt ausgedehnt. In der nördlichen Friedrichstraße wurden an Sonnabend abends fünf kleinere Geschäfte von dem Pöbel geplündert und in wenigen Minuten völlig ausgeraubt.